

Brandanschläge auf zwei Gotteshäuser

JERUSALEM. Grossen Schaden richteten Brandstifter in der Moschee von Al Mughayir nördlich von Ramallah im palästinensischen Westjordanland an. Gläubige bemerkten das Feuer, als sie gestern zum Morgengebet kamen. Unruhen, die daraufhin ausbrachen, verzögerten die Löscharbeiten am Gotteshaus, das fast komplett ausbrannte. Ebenfalls gestern früh flog ein Brandsatz auf die antike Synagoge in der arabisch-israelischen Kleinstadt Shfaram, der aber nur geringen Schaden anrichtete.

Provokationen am Tempelberg

In beiden Fällen sind die Täter flüchtig. Die Bürger von Al Mughayir halten extremistische Siedler aus der Umgebung für die Täterschaft. In dem Dorf brannte vor zwei Jahren schon einmal eine Moschee. Der Chef der Regionalverwaltung für die Siedlungen, Gershon Mesika, verurteilte den Brandanschlag auf die Moschee.

Palästinenserpräsident Mahmud Abbas beschuldigte Israel, einen Religionskrieg zu provozieren. Zentraler Konfliktpunkt ist seit Wochen der Kampf um den Tempelberg, der den frommen Anhängern beider Religionen heilig ist. Nationalreligiöse jüdische Aktivisten und Politiker aus Israel waren in den vergangenen Tagen demonstrativ auf den Tempelberg gezogen.

«Bewaffneter Widerstand»

Ähnlich kontraproduktiv für die Beruhigung der explosiven Stimmung dürfte der Aufruf von Marwan Barghuti wirken, dem inhaftierten Chef der palästinensischen Fatah im Westjordanland. Er schrieb in einem Brief anlässlich des zehnten Todestages von Yassir Arafat, dem früheren PLO-Chef und Palästinenserpräsidenten, dass «der globale und bewaffnete Widerstand» der rechte Weg sei, um «Arafats Erbe, seine Ideen und Prinzipien» weiterzutragen. Laut Informationen der palästinensischen Nachrichtenagentur Maan sitzt Barghuti seit Veröffentlichung seines Briefs in Einzelhaft. (S. K.)

Kein Entgegenkommen aus Madrid für Katalanen

MADRID. Spanien will nicht zulassen, dass die Katalanen wie die Schotten über die Unabhängigkeit ihrer Region abstimmen. Madrid werde einem Referendum über die Abspaltung Kataloniens nicht zustimmen, sagte gestern Regierungschef Mariano Rajoy. Daran werde auch der vom katalanischen Regierungschef Artur Mas angeregte Dialog darüber nichts ändern. «Mas will mich dazu bewegen, einem echten Referendum zuzustimmen. Und ich kann jetzt schon sagen, dass dies nicht möglich sein wird.» (dpa)

Mehr Mohnanbau in Afghanistan als je

KABUL. Trotz aller internationalen Bemühungen: Vor dem Ende des Nato-Kampfeinsatzes wird in Afghanistan mehr Schlafmohn zur Opiumproduktion angebaut als je. Die Fläche nahm verglichen mit 2013 um 15000 auf 224000 Hektar zu, wie das UNO-Büro zur Bekämpfung von Drogen und Kriminalität gestern mitteilte. Drogenbekämpfung war zwar nicht Aufgabe der Nato-Schutztruppe, insbesondere die USA und Grossbritannien engagierten sich aber im Kampf gegen den Mohnanbau. (dpa)

Zum Aufatmen noch zu früh

Die USA und China haben sich in vertraulichen Verhandlungen auf Klimaziele verpflichtet. Damit sind die Chancen für ein neues Klimaabkommen gestiegen, das 2015 angestrebt wird.

CHRISTIAN MIHATSCH

PEKING. Bislang haben die USA und China den Klimaschutz gelähmt, weil sie nicht bereit waren, vor dem jeweils anderen ihre Emissionen zu reduzieren. Doch nach monatelangen Geheimverhandlungen ist nun ein Durchbruch gelungen. Die beiden Länder haben sich darauf geeinigt, parallel Klimaschutzmassnahmen zu ergreifen.

Bisher gegenseitig blockiert

China und die USA verursachen 40 Prozent der globalen CO₂-Emissionen. Ohne eine Reduktion dieser Emissionen lässt sich die Klimaerwärmung nicht auf zwei Grad begrenzen. An einem Treffen von US-Präsident Barack Obama und Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping haben die beiden Länder nun entsprechende Massnahmen verabredet.

Dies war bislang unmöglich: China bestand auf seinem Status als Entwicklungsland und weigerte sich, im Rahmen der UNO-Klimaverhandlungen verbindlichen Zielen zuzustimmen. Umgekehrt verweigerten sich die USA einem Klimaabkommen, das nur für Industriestaaten Emissionsreduktionen vorsieht. Vielen Beobachtern galt daher eine amerikanisch-chinesische Einigung als Voraussetzung für den neuen Weltklima-Vertrag, der Ende 2015 in Paris verabschiedet werden soll.

Gegenseitige Zusagen

Die USA haben angekündigt, bis 2025 ihre Emissionen im Vergleich zum Jahr 2005 um 26 bis 28 Prozent zu reduzieren. Bislang galt als Ziel eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 17 Prozent bis 2020. Damit verdoppeln die USA die Geschwindigkeit, mit der sie ihre Emissionen senken wollen: Während die Emissionen in den Jahren 2005 bis 2020 um 1,2 Prozent pro Jahr sinken, sollen sie in den Jahren 2020 bis 2025 um 2,3 bis 2,8 Prozent zurückgehen.



Bild: ap/Andy Wong

Kohlekraftwerk in China: Die Nutzung der Kohle ist sowohl in China als auch in den USA ein Umweltproblem.

China hat sich im Gegenzug dazu verpflichtet, dass die Emissionen spätestens im Jahr 2030 ihr Maximum erreichen und anschliessend sinken werden. Bislang war China nur bereit, die CO₂-Intensität der chinesischen Wirtschaft zu reduzieren. Bei einem Wirtschaftswachstum wie derzeit von rund sieben Prozent hätte dies aber bedeutet, dass die chinesischen Emissionen immer weiter angestiegen wären. Ausserdem will China bis 2030 den Anteil der CO₂-freien Energieträger auf 20 Prozent erhöhen. «Dies verpflichtet China, zusätzliche 800 bis 1000 Gigawatt an Atom-, Wind- und Solarenergie zu installieren. Dies ist mehr als alle Kohlekraftwerke, die heute in China existieren, und entspricht beinahe der gesamten Stromerzeugungskapazität in den USA», teilt die US-

Regierung mit. Dies sei «bemerkenswert».

Der Klimawissenschaftler Tao Wang vom Carnegie Center für Weltpolitik in Peking ist hingegen nicht beeindruckt: «Die 20 Prozent (bis 2030) sind keine hohe Zahl. China plant 15 Prozent bis 2020. Das neue Ziel entspricht also nur fünf zusätzlichen Prozentpunkten innert zehn Jahren. Wegen des schnellen Ausbaus der Erneuerbaren sollte das Ziel höher liegen.»

Hoffnung ist gewachsen

Aber auch wenn vielen Umweltorganisationen die neuen Ziele der USA und Chinas nicht anspruchsvoll genug sind, betonen sie deren Bedeutung für die Klimaverhandlungen: «Auch wenn die Ziele nicht so ehrgeizig sind, wie viele gehofft haben, so sind es doch ernsthafte Ver-

pflichtungen der beiden grössten Emittenten der Welt», sagt Bob Perciasepe vom Zentrum für Klima- und Energielösungen, einem US-Think-Tank. «Dies wird helfen, andere Länder an Bord zu holen, und verbessert die Chancen für ein solides Klimaabkommen nächstes Jahr in Paris.» Dies ist auch das Ziel von Obama und Xi: «Es war uns wichtig, ein gutes Beispiel zu setzen», sagte ein US-Vertreter. Nachdem die EU schon im Oktober angekündigt hat, die Emissionen bis 2030 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, haben nun die drei grössten CO₂-Emittenten ihre Klimaziele für die Zeit nach 2020 bekanntgegeben. Damit haben die drei grössten Wirtschaftsmächte eine erfolgversprechende Ausgangslage für die Klimaverhandlungen im Dezember in Peru gelegt.

China und USA innenpolitisch gefordert

PEKING. China und die USA, die sich jetzt im gegenseitigen Einvernehmen Klimaschutzziele gesetzt haben, sind nun auch innenpolitisch gefordert, den Kampf gegen die Umweltverschmutzung auf sich zu nehmen. Peking hat dem Smog bereits den «Krieg» erklärt. Bislang kann es sich noch nicht als Sieger in diesem Krieg sehen. Zu oft und zu stark schneidet der gefährliche Feinstaub den Menschen im Land regelrecht die Luft ab. Doch selbst bereits lancierte Pläne der Regierung sprechen davon, bis zum Jahr 2030 die Feinstaubbelastung auf lediglich durchschnittlich 35 Mikrogramm pro Kubikmeter zu senken. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) sieht aber bei Werten von 25 die Schwelle zur Gesundheitsgefährdung als überschritten an.

Die Bemühungen der Chinesen sind nach Jahrzehnten des Missbrauchs nötig – und doch nur ein kleiner Schritt. Denn wie wollen sie den Spagat zwischen Luftreinigung und dem Ausbau der Kohlekraftwerke, auf die sie nach wie vor setzen, schaffen?

Widerstand aus dem Kongress

In den USA ist Präsident Obama ab Januar mit einem von den Republikanern beherrschten Kongress konfrontiert. Jedoch braucht er für die bilaterale Festlegung von Emissions-Obergrenzen nicht dessen Zustimmung. Die Umweltschutzbehörde EPA hatte im Juni bereits ehrgeizige neue CO₂-Obergrenzen für Kohlekraftwerke festgesetzt. Der designierte Senatsführer Mitch McConnell aus dem Kohlestaat Kentucky will die neuen Mehrheitsverhältnisse aber nutzen, den Klima-Coup zu unterminieren. «Obama will seinem Nachfolger einen unrealistischen Plan hinterlassen, der zu höheren Energiepreisen und weniger Jobs führt», kritisiert er die Selbstverpflichtung. Andere Republikaner hatten bereits angedeutet, sie könnten der EPA das Budget so zusammenstreichen, dass sie die Umsetzung ihrer eigenen Richtlinien nicht überwachen könne. (inn./T.S.)

Auch in Libyen ein Stellvertreterkrieg

Qatar, Türkei, Saudi-Arabien, Ägypten: Mehrere regionale Grossmächte kämpfen in Libyen mit Geld und Waffen um Einfluss. Sie beschleunigen damit den Zerfall des Wüstenstaates, wo auch der «Islamische Staat» schon Fuss gefasst hat.

MARKUS SYMANK

TRIPOLIS. Zwei Parlamente, zwei Regierungen, zwei Armeen: Libyen, lange von der harten Hand des vor drei Jahren getöteten Diktators Muammar Gadhafi zusammengehalten, ist ein geteilter Staat. In der Hauptstadt Tripolis, der zentralen Hafenstadt Misrata sowie grossen Teilen des Südens gibt die islamistische Allianz «Morgenröte» den Ton an. Das östliche Tobruk sowie Teile der Nafusa-Berge im Westen sind jedoch unter Kontrolle der «Operation Würde», einem eher säkular orientierten Bündnis unter General Khalifa Haftar.

Nirgends ist die Teilung des Landes so sichtbar wie in der zweitgrössten Metropole Benghazi: Seit einem halben Jahr liefern sich dort Einheiten Haftars blutige Kämpfe mit islamistischen Gruppierungen. Über 300 Tote, unter ihnen viele Zivilisten, gab es bislang. Zuletzt konnten die besser ausgerüsteten Truppen Haftars einige Geländegewinne verzeichnen. Ein militärischer Durchbruch aber zeichnet sich nicht ab.

Obwohl Beobachtern zufolge keine der beiden Seiten stark genug ist, um das gesamte Land unter Kontrolle zu bringen, liegt ein politischer Kompromiss in weiter Ferne.

Mehrere Länder greifen ein

Dies auch deshalb, weil längst ausländische Kräfte die Gefechte befeuern. Wie bereits das Bürgerkriegsland Syrien ist auch Libyen zum Schauplatz eines Stellvertreterkrieges arabischer Autokraten geworden. Zu den wichtigsten Financiers des islamistischen Lagers zählen die Türkei und Qatar. Die beiden Staaten hatten schon die Moslembruderschaft in Ägypten ideologisch und finanziell unterstützt. Dort jedoch endete die Islamistenherrschaft nach Massenprotesten und einem Armeeputsch im Sommer 2013 abrupt. Nun wollen die Türkei und Qatar den Islamisten in Libyen zum Erfolg verhelfen. Auch Sudan soll zuletzt versucht haben, Waffen an islamistische Milizen im Nachbarland zu liefern.

Die Allianz um General Haftar wiederum weiss Ägypten, Saudi-

Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate hinter sich. Diese sollen, anders als Qatar und die Türkei, bereits direkt ins militärische Geschehen eingegriffen haben. In den vergangenen drei Monaten bombardierten unidentifizierte Kampfflugzeuge mehrfach islamistische Stellungen in Tripolis und Benghazi. Laut amerikanischen Geheimdienstinformationen führten Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate diese Angriffe durch. Letztere verfügen über

eine der schlagkräftigsten Luftwaffen der Region.

IS nun auch in Ostlibyen

Die Regierungen der beiden Länder dementieren die Berichte, aber nur halbherzig. Analysten fürchten, dass die verstärkte Einmischung von aussen die Konfliktparteien zu einem noch härteren Kurs drängen könnte. In der Tat sprechen sich diese mittlerweile offen für eine militärische Lösung aus. Friedensgespräche, die schon vor Wo-

chen hätten starten sollen, wurden immer wieder verschoben.

Öl ins Feuer goss auch das Verfassungsgericht in Tripolis. Es erklärte die von säkularen Kräften dominierte Regierung in Tobruk, die vom Westen weitgehend anerkannt ist, für verfassungswidrig. Ob die Richter frei oder unter Druck der Islamisten unterschieden, ist unklar.

Derweil zerfällt der Staat immer mehr. Letzte Woche stürmten Tuareg-Kämpfer das Ölfeld Al Sharara im Süden. Dort wurden 200000 Barrel Öl täglich gefördert, ein Viertel der gesamten Produktion Libyens. Nun sind die Arbeiter aus Angst vor weiteren Überfällen geflohen. Auch im Osten machen sich immer mehr Regionen selbständig. Eine Separatistenbewegung hat dort mehrere Ölhäfen gekapert und fordert eine autonome Verwaltung. Und die Küstenstadt Derna schloss sich vergangenen Monat der Terrorgruppe IS an. Derna, schon lange als Islamistenhochburg bekannt, ist damit die einzige Stadt ausserhalb Syriens und Iraks, die sich zum «Islamischen Staat» bekennt.



Bild: ap/Mohammed el-Sheikhy

Soldaten bei Strassenkämpfen mit Islamisten in Benghazi.